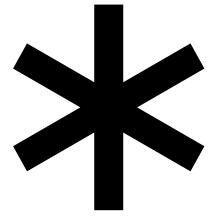




Kampf um die deutsche Sprache

Bundesrat sagt Nein zum Genderstern



Die Schweiz stimmte im Rat für deutsche Rechtschreibung gegen **Sternchen, Doppelpunkte und Unterstriche**. Sehr zur Freude der Zürcher SVP-Politikerin Susanne Brunner.

RAPHAEL RAUCH

Der Bundesrat hat seine eigenen Sprachpäpste. Sie arbeiten für die Zentralen Sprachdienste der Bundeskanzlei und wachen darüber, dass Gesetze und Verwaltungsdokumente korrekt formuliert sind.

Ein Vertreter dieser Abteilung ist sogar Mitglied im Rat für deutsche Rechtschreibung, der höchsten Orthografie-Instanz in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Liechtenstein, Luxemburg, Ostbelgien und Südtirol.

Bislang war nicht bekannt, wie sich der Bund dort zum Reizthema Genderstern verhält. Nun zeigen SonntagsBlick-Recherchen: Bern stimmte im Rechtschreibrat gegen das genderneutrale Symbol mitten im Wort: «Der Schweizerische Bundesrat hat wiederholt festgehalten, dass er die Verwendung von Sonderzeichen zur Markierung der Geschlechtsidentität aufgrund sprachlicher, sprachpolitischer und rechtlicher Probleme für nicht geeignet hält, das Anliegen einer inklusiven Sprache in den Texten des Bundes umzusetzen.» So steht es in einem Dokument, das SonntagsBlick unter Berufung auf das Öffentlichkeitsgesetz einsehen konnte.

Konkret geht es neben dem Sternchen (Bürger*innen) um den Genderdoppelpunkt (Bürger:innen) und den entspre-

chenden Unterstrich (Bürger_innen). Laut den Schweizer Sprachschützern führten solche Schreibweisen zu «grammatischen Folgeproblemen». Die Bundeskanzlei betont: «Wir lehnen die Aufnahme dieses Passus in das Regelwerk deshalb ab: Er schafft bei einem stark politisierten Thema zusätzliche Verwirrung.»

Die SVP-Politikerin Susanne Brunner (52) dürfte es freuen. Ihre Heimatstadt Zürich wirbt auf Abfalleimern etwa mit dem Spruch: «Sie treffen ja wie ein*e Weltmeister*in.»

Letztes Jahr reichte Brunner die Initiative «Tschüss Genderstern!» ein. Nächsten Monat wird der Stadtrat beschliessen, ob er der Initiative zustimmt oder sie ablehnt.

Auf kantonaler Ebene will Brunner ebenfalls aktiv werden. Nach Informationen von SonntagsBlick prüft die SVP einen Vorstoss, der die Gender-Leitfäden der Hochschulen und der Uni im Kanton Zürich untersuchen soll.

Auch die Sprachpäpste des Rechtschreibrats kritisieren das akademische Gendern.

«Inwieweit den Hochschulen das Recht zusteht, von der amtlichen deutschen Rechtschreibung abzuweichen, ist strittig», teilte der Rat im Dezember mit. Manche deutsche Bundesländer wollen das Gendern in staatlichen Institutionen mittlerweile sogar verbieten. ●

«Schafft bei stark politisierten Themen zusätzliche Verwirrung»

Bundeskanzlei



Swissness Enforcement möchte eine juristische Eskalation vermeiden. «Für uns haben eigentlich Swissness-Verletzungen von Unternehmen Priorität, die keinerlei Verbindung zur Schweiz haben», so Stärkle. Zugleich sieht er sich in der Pflicht, dem Treiben von On nicht tatenlos zuzuschauen.

«Tun wir nichts, machen wir uns unglaubwürdig, wenn wir ausländischen Firmen wegen des gleichen Vorgehens auf die Finger klopfen.» Das werde von den zahlreichen «Trittbrettfahrern der Swissness» auf der ganzen Welt durchaus registriert. ●

Börsengang mit Kuhglocken: Die On-Gründer stellen ihre Swissness gerne zur Schau.



Initiantin von «Tschüss Genderstern!»: Susanne Brunner.